

Stand: 30.01.2026 11:03:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8414

"Sprache durch Teilhabe - Integration von Anfang an ermöglichen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8414 vom 08.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9579 des BI vom 27.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sprache durch Teilhabe – Integration von Anfang an ermöglichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- neu zugewanderte Kinder und Jugendliche von Beginn an in Regelklassen aufzunehmen und ihnen so frühzeitig echte Teilhabe am Schulleben zu ermöglichen,
- die bisherigen schulartunabhängigen Deutschklassen und andere vorbereitende Schulungsformen schrittweise in integrative Unterstützungsangebote innerhalb der Regelklassen zu überführen,
- die dafür notwendigen Ressourcen für eine gelingende sprachliche und schulische Integration in den Regelklassen bereitzustellen, insbesondere durch
 - zusätzliche Lehrkräfte mit Qualifikation Deutsch als Zweitsprache (DaZ) an allen Schularten,
 - gezielte Sprachförderung im Fachunterricht („sprachsensibler Unterricht“),
 - Förderstunden in Kleingruppen oder durch Team-Teaching,
 - zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung zur Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund,
 - Ausbau von Ganztags- und Unterstützungsangeboten, die Integration und Spracherwerb fördern,
 - ein kontinuierliches Monitoring der Sprachkompetenzen von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern einzuführen, um Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen und zielgerichtet zu decken.

Begründung:

Sprache ist der Schlüssel zu Bildungserfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb ist es entscheidend, dass neu zugewanderte Kinder und Jugendliche von Anfang an in die Schulfamilie aufgenommen werden.

Eine aktuelle Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zeigt, dass Kinder und Jugendliche Deutsch am besten lernen, wenn sie möglichst frühzeitig in Regelklassen integriert sind. Dort profitieren sie nicht nur sprachlich, sondern auch sozial von der täglichen Begegnung und Zusammenarbeit mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern.

Vorbereitungsklassen wie Willkommens- oder (schulartunabhängige) Deutschklassen können diese Chancen nicht in gleichem Maße eröffnen. Sie verlängern oft die Phase

der Trennung, während gemeinsame Lernumgebungen von Beginn an Sprache, Freundschaften und Teilhabe fördern.

In Bayern bestehen weiterhin schulartunabhängige Deutschklassen, in denen Kinder und Jugendliche mit geringen Deutschkenntnissen zunächst separat unterrichtet werden. Zwar nehmen diese Schülerinnen und Schüler am Schulleben teil, bleiben aber in zentralen Fächern und im Alltag der Schule häufig isoliert. Das führt zu einer Verzögerung der Integration und verschlechtert die Bildungschancen.

Statt auf Separation muss Bayern künftig auf Inklusion von Anfang an setzen: Geflüchtete Kinder und Jugendliche gehören sofort in die Regelklasse. Dort benötigen sie allerdings konsequent mehr Unterstützung, etwa durch Team-Teaching mit DaZ-Lehrkräften, gezielte Sprachförderung im Fachunterricht, sozialpädagogische Begleitung und ausreichend Ganztagsangebote. Nur so kann Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

Als Einwanderungsland muss Bayern seiner Verantwortung gerecht werden: schnelle Integration in die Schulfamilie, gesicherte Sprachförderung und faire Bildungschancen für alle Kinder.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/8414**

Sprache durch Teilhabe - Integration von Anfang an ermöglichen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatter:

**Gabriele Triebel
Kristan Freiherr von Waldenfels**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befassen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 27. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende